

ZUR SOZIOKULTURELLEN STRUKTUR
DER DEUTSCHEN ABGEORDNETEN
IN DER TSCHECHOSLOWAKEI UND ANDEREN
OSTMITTELEUROPÄISCHEN STAATEN 1919–1945¹

Von Mads Ole Balling

Nationale Minderheiten gibt es noch heute überall in der Welt², und nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem in den letzten Jahrzehnten erfolgten Zuzug von erheblichen Einwanderergruppen aus Südosteuropa und aus Staaten der Dritten Welt in die bisher weitgehend monoethnischen Industriestaaten Westeuropas ist das Interesse für die Minoritätenforschung gegenwärtig in stetem Wachsen begriffen. Die Beschäftigung mit Bevölkerungsgruppen, Ethnien und Minoritäten gewann vor allem zwischen den beiden Weltkriegen an Bedeutung wegen der großen Zahl von Konflikten, die sich an ihnen entzündeten. Die zentrale Bedeutung der Minderheitenfrage in der Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert hat in den 1980er Jahren auch die European Science Foundation (ESF) durchaus anerkannt. Diese seit 1974 bestehende Koordinationsorganisation der nationalen Forschungsgemeinschaften in Westeuropa mit Sitz in Straßburg nahm 1983 ein besonderes Forschungsprogramm mit dem Titel *Comparative Studies on Governments and Non-dominant Ethnic Groups in Europe, 1850–1940* an. Unter den besonders zu erforschenden Themen des Programms nannte der Planungsausschuß *Political representation of non-dominant ethnic groups*³.

Schon seit einigen Jahren arbeiten einige Historiker systematisch mit der relativ neuen Methode der Kollektion und soziologischen Komparation von Biographien politischer Führungsgruppen⁴. Zweifellos spielt hier der Einsatz elektronischer Infor-

¹ Revidierte Fassung eines Vortrages, gehalten am 9. 7. 1993 im Collegium Carolinum in München.

² Vgl. Kraas-Schneider, Frauke: Bevölkerungsgruppen und Minoritäten. Handbuch der ethnischen, sprachlichen und religiösen Bevölkerungsgruppen der Welt. Stuttgart 1989 und World Directory of Minorities. Ed. by the Minority Rights Group. London 1990.

³ Vgl. jetzt u. a. die beiden Veröffentlichungen der European Science Foundation Governments: Ethnic Groups and Political Representation. Edited by Geoffrey Aldermann, in collaboration with John Leslie, and Erich Pollmann, Dartmouth 1993 (Comparative Studies on Governments and Non-dominant Ethnic Groups in Europe, 1850–1940, 4) and The Formation of National Elites. Edited by Andreas Kappeler, in collaboration with Fikret Adanir, and Alan O'Day, Dartmouth 1992, 6 (Comparative Studies on Governments and Non-dominant Ethnic Groups in Europe, 1850–1940).

⁴ Theoretische Literatur u. a. Best, Heinrich (Hrsg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich. St. Katharinen 1989. – Schröder, Wilhelm H.: Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung. Stuttgart 1985. – Herzog, Dietrich: Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen 1975.

mationstechnik auch in der Geisteswissenschaft eine erhebliche Rolle. Mit besonderer Vorliebe werden parlamentarische Gremien untersucht, weil in den Parlamentshandbüchern normalerweise die nötigen Daten vorhanden sind⁵.

Trotz der Publikationsflut von empirischen biographischen Untersuchungen unterschiedlicher Politikergruppen sind Materialien zur politisch-parlamentarischen Elitenbildung unter Randgruppen wie Nationalitäten bzw. nationalen Minderheiten bisher ziemlich rar geblieben⁶. Nach meinem mehrjährigen Forschungsprojekt sind nunmehr auch einige soziokulturelle Strukturen der Träger des ostmitteleuropäischen deutschen Minderheitenparlamentarismus zwischen den beiden Weltkriegen⁷ sichtbar geworden. Erfasst sind die deutschen Abgeordneten und Senatoren in Estland, Lettland, Litauen, Polen, in der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, in der Slowakei, in der Karpaten-Ukraine und in Kroatien sowie in den beiden autonomen Landtagen des Memellandes und Polnisch-Schlesiens.

Bevor wir uns mit ausgewählten Strukturen der deutschen Abgeordneten beschäftigen, dürfte ein Überblick der Ergebnisse meiner Bestandsaufnahme des deutschen Mandatsbesitzstandes in dieser Periode wichtig sein. Eine gesonderte Aufzählung der Mandate mit dem Merkmal, daß deren Träger deutscher Nationalität und in einem der elf Zentralparlamente und zwei regionalen Landtage nichtdeutscher Staaten in Ostmittel- und Südeuropa 1919–45 tätig waren, ergibt 562 Mandate in den zentralen Parlamenten und weitere 132 Personen, die in Memel und Kattowitz Mandatsträger waren, also insgesamt 694 Mandate. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es sich somit um die weitaus stärkste und meist verbreitete parlamentarische Vertretung einer ethnischen *non-dominanten* Bevölkerungsgruppe in der Weltgeschichte der Minoritäten handelt. Die Zahl der verschiedenen deutschen Minderheitenparlamentarier reduziert sich auf 650, weil einige in Doppelfunktionen auftraten, z. B. sowohl als Abgeordnete als auch als Senatoren.

Daß die weitaus größte deutsche Volksgruppe im Ausland, die Deutschen in der Tschechoslowakei, auch die stärkste Einzelgruppe von deutschen Parlamentariern hatte, kann kaum überraschen. 46,8 % aller deutschen Minderheitenparlamentarier gehörten der Prager Nationalversammlung an, unter den Mitgliedern der Zentralparlamente waren es 58,7 % und unter den Senatoren sogar 69,5 %, die in der Tschechoslowakei tätig waren. Das Ausmaß der numerischen Überlegenheit fand seine Erklärung nicht nur in der Volkszahl, sondern auch darin, daß die Tschechoslowakei als einziger Staat im Gebiet während der ganzen Zwischenkriegsperiode einwandfrei demokratisch blieb. In der Reihenfolge nach der Tschechoslowakei kommen dann die Memelländer mit 16,0 % aller deutschen Mandatsträger, Rumänien 9,2 %, Ungarn 7,2 %, Polen 6,3 %, Oberschlesien 4,3 %, Jugoslawien 2,9 %, Lettland 2,3 %, Est-

⁵ In Deutschland gibt es z. B. seit 1951/52 die außeruniversitäre Forschungseinrichtung Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien mit zahlreichen Veröffentlichungen, auch biographisch-statistischen Charakters.

⁶ Siehe jedoch Luft, Robert R.: Sociological Structures of Czech Political Élités before World War I. In: East Central Europe/L'Europe du Centre-Est 19 (1992) 16–25.

⁷ Balling, Mads Ole: Von Reval bis Bukarest. Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1945. 2 Bde. Kopenhagen 1991 (im folgenden abgekürzt Balling: VRbB).

land 2,0 % und Litauen 1,8 %. Die Slowakei, Kroatien und die Karpaten-Ukraine liegen alle unter 1 %.

Noch fehlt eine Gesamtübersicht dessen, *wann* die untersuchten Deutschen Parlamentsmitglieder waren und über *Höhepunkt und Tiefstand des deutschen Mandatsbesitzstandes* in den einzelnen Parlamenten und Kammern sowie insgesamt. Im chronologischen Überblick ist die Gesamtentwicklung seismographisch abhängig von der sudetendeutschen Entwicklung. So lange die sudetendeutschen Mandate uneingeschränkt dabei waren – 1920–38 –, hatten die Deutschen wahrscheinlich den Höchststand an Minderheitenmandaten in der Welt. Zahlenmäßig gipfelte sie im Frühjahr 1927 – auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Nachkriegshochkonjunktur – mit 219 Mandaten, die aus Vertretungen in allen Parlamenten und Kammern stammten. Der Anteil der Deutschen in der Tschechoslowakei betrug damals 49,8 %, und zwar 73 Abgeordnete und 37 Senatoren. Seit 1927 war die Gesamtentwicklung rückläufig. 1927 fielen die Mandate der Deutschen in Litauen, Anfang 1929 auch in Jugoslawien weg. 1930 wurde die deutsche Sejmvertretung in Polen stark reduziert. 1934 erloschen die deutschen Mandate in Estland und Lettland mit der Schließung der dortigen Parlamente. 1933–35 waren im Zusammenhang mit der NS-Machtübernahme im Reich die beiden stärksten Parlamentsvertretungen der Deutschen, in der Tschechoslowakei und im Memelland, vorübergehend geschwächt infolge von Staatsschutzgesetzen, denen einige deutsche Mandate zum Opfer fielen⁸. 1935 gingen die Mandate im Oberschlesischen Landtag verloren, und von denen in Warschau blieben nur noch zwei Senatsmandate bis 1939 übrig. Nach dem Münchener Abkommen und der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39, der Angliederung des Memellandes im März 1939, dem deutschen Überfall auf Polen 1939 und Jugoslawien 1941 waren 1942–45 nur noch drei Zentren deutscher minderheitenparlamentarischer Anwesenheit im Betrachtungsgebiet vorhanden: in Ungarn, der Slowakei und in Kroatien. 1942–45 handelte es sich um nur noch 21–23 deutsche Mandate in Volksvertretungen, die schon längst keine entscheidende Rolle mehr spielten und weitgehend die parlamentarische Idee in eine Parodie pervertiert hatten.

Kommen wir zu einigen Strukturen der deutschen Mandatsträger, und fangen wir mit der *Geschlechtsgliederung* an.

Nach dem Ersten Weltkrieg drang das Frauenwahlrecht in breiter Front vor, während es sich vor dem Krieg nur in Finnland (seit 1906) und in Norwegen durchgesetzt hatte. Nach dem Ersten Weltkrieg traten ihnen die übrigen germanischen Staaten zur Seite, während sich das Frauenwahlrecht in den romanischen Ländern nicht durchsetzen konnte, auch nicht in Rumänien. Jugoslawien kannte ebenfalls weder aktives noch passives Wahlrecht für Frauen.

Trotz der fast überall gegebenen Möglichkeit für Frauen, ins Parlament gewählt zu werden, verwunderte es nicht, daß die überwiegend bäuerlichen und stark patriarchalisch

⁸ Aufgrund des Gesetzes zum Schutze der Republik wurden z. B. am 11. 11. 1933 die Mandate der Parlamentarier der kurz zuvor selbst aufgelösten DNSAP nicht nur aberkannt, sondern annulliert, vgl. Národní shromáždění Republiky Československé v druhém desetiletí [Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik im zweiten Jahrzehnt]. Praha 1938, 923–924.

orientierten deutschen Minderheiten außer in der Tschechoslowakei nirgends Parlamentarierinnen besaßen. Auch in der Tschechoslowakei spielten die Frauen im deutschen Minderheitenparlamentarismus so gut wie keine Rolle. Es gibt im untersuchten Material nur neun weibliche deutsche Mandatsträger. Unter ihnen überwiegen die Sozialistinnen: Irene Kirpal⁹, Marie Deutsch¹⁰, Franziska Blatny¹¹, Anna Perthen¹² und Betty Schack¹³ waren Sozialdemokratinnen, Elvira Kuhn¹⁴ und Karoline Pfeiffer gehörten zur Kommunistischen Partei¹⁵. Daß die einzigen bürgerlichen deutschen Parlamentarierinnen – Josefine Weber¹⁶ und Emma Herzog¹⁷ – im Bearbeitungsgebiet überhaupt gerade bei der intransigenten extrem nationalistischen Deutsch-nationalen Partei zu finden waren, wird vermutlich überraschen.

Hinsichtlich ihrer Amtsdauer waren Parlamentarierinnen meist nur kurzfristig im Besitz ihrer Mandate. Lediglich Irene Kirpal (18 Jahre lang) und Franziska Blatny (15 Jahre lang) waren längere Amtszeiten beschieden.

Mit nur neun von 636 war der Frauenanteil unter den deutschen Parlamentariern insgesamt äußerst gering, nur 1,4 %, und noch geringer hinsichtlich der Wahlperioden (14:1134 = 1,2 %).

-
- ⁹ Irene Kirpal (1886–1977), Jüdin, Aussiger DSAP-Abg. 1920–38, 1938–46 in britischer Emigration, orientierte sich dort in kommunistischer Richtung, 1946 Rückkehr nach Aussig, ausführlicher vgl. Balling: VRbB 309. Auch bei den nachstehenden Anmerkungen zu den erwähnten Personen muß ich mich auf wenige exemplarische oder mir wichtig erscheinende Daten aus den ausführlichen Kurzbiographien im VRbB beschränken.
- ¹⁰ Marie Deutsch (1882–1969), Jüdin, Prager DSAP-Abg. 1920–25, nach 1933 aktiv in der Fürsorge für reichsdeutsche Flüchtlinge in Prag, 1939 Flucht nach Schweden, 1941 Weiteremigration in die USA, vgl. Balling: VRbB 325.
- ¹¹ Franziska (Fanny) Blatny (1873–1949), Jüdin, Karlsbader DSAP-Abg. 1920–35, ab 1925 Vorsitzende des Frauenreichskomitees der DSAP, ab 1939 Emigration nach Großbritannien, vgl. Balling: VRbB 336.
- ¹² Anna Perthen (1876–1957), Bodenbacher DSAP-Senatorin 1920–25, 1919–25 Vorsitzende des DSAP-Frauenreichskomitees, 1957 in der DDR gestorben, vgl. Balling: VRbB 372.
- ¹³ Betty Schack (1873–1958), Egerer DSAP-Senatorin 1933–35, nach deutschem Einmarsch 1938 fünf Monate Haft, lebte nach der Vertreibung bis zu ihrem Tod 1958 in einem Flüchtlingslager, vgl. Balling: VRbB 387.
- ¹⁴ Elvira Kuhn (1895–1974), Joachimsthaler KPTsch-Abg. 1929–34, nach Mandatsaberkennung in Moskau, 1937 Rückkehr in die ČSR, 1939–45 Exil in London, lebte ab 1946 in der SBZ bzw. der DDR, vgl. Balling: VRbB 345; zur Aussiedlung der sudetendeutschen Kommunisten aus der ČSR vgl. Foitzik, Jan: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46. Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 31 (1983) 308–334.
- ¹⁵ Karoline Pfeiffer (1886–1969) gehörte zu den sog. Utraquisten, d. h. zu jenen Bürgern, die die beiden Landessprachen Tschechisch und Deutsch gleich gut in Wort und Schrift beherrschten, Königgrätzer KPTsch-Senatorin 1935–39, 1939–45 Exil in Großbritannien, nach dem Krieg 1948–54 Abg. der Prager Nationalversammlung, vgl. Balling: VRbB 369.
- ¹⁶ Josefine Weber (1868–1942), 2. Heirat mit dem deutschnationalen Gewerbeführer Josef W. (1855–1927?) in Klösterle/Eger, 1920–33 weibliche Parteivorsitzende der DNP, DNP-Abg. 1925–29, vgl. Balling: VRbB 342.
- ¹⁷ Emma Marie Herzog (1873–1933), Reichenberger DNP-Senatorin 1920–25, Ärztin, Enkelin des Gablonzer Abgeordneten des Frankfurter Parlaments 1848, Dr. Wilhelm Herzog (1812–1894), vgl. Balling: VRbB 366.

Ich möchte jetzt einiges über die *national-kulturelle Herkunft und die Sprachkenntnisse* der deutschen Abgeordneten anführen. Noch wiesen die deutschen Siedlungen stellenweise archaische Züge zur Aufrechterhaltung und klaren Abgrenzung der Volksgruppe auf. Beispielsweise hat Daniel Haase¹⁸ als Seelsorger der Bessarabiendeutschen vor allen Dingen die bäuerliche Tradition, keine Mischehen zu dulden, kompromißlos gehütet, allerdings nicht mehr ohne Widerstand in dieser Minderheit. Die Zahl der in Mischehen lebenden deutschen Minoritätenparlamentarier dürfte vermutlich sehr gering gewesen sein. Beispiele gibt es dennoch, wie etwa der recht harmlose Karl Garlik¹⁹, der im großen sogenannten Parlamentarierprozeß 1947 in Prag mit fünf Jahren Kerker davonkam. Garlik hatte sich im Laufe des Prozesses unter anderem auf seine tschechische Frau berufen.

Leider besitzen wir nur wenige Angaben über die Sprachkenntnisse von Parlamentariern. Das ist schade, weil es sich um Personen handelt, die im Parlament stark von solchen Fähigkeiten abhängig gewesen sein mußten. Im allgemeinen ist davon auszugehen, daß Parlamentarier der echten Minderheiten – der Deutschbalten, Litauendeutschen, der Deutschen in Kongreßpolen, in der Slowakei, in Ungarn, Jugoslawien und in Rumänien – fundiertere Fremdsprachenkenntnisse aufwiesen als die Sudetendeutschen und die Deutschen im ehemals preußischen Teil Polens. Die Sudetendeutschen namentlich zeigten wenig Neigung zum Erlernen der tschechischen Sprache. Eine Umfrage bei den deutschen bürgerlichen parlamentarischen Klubs in der II. Wahlperiode 1925–29 der tschechoslowakischen Nationalversammlung²⁰ ergab, daß von insgesamt 73 Personen nur sechs die tschechische Sprache mündlich und schriftlich perfekt beherrschten, weitere elf tschechisch fließend, aber nicht fehlerfrei sprachen und 19 nur gebrochen tschechisch konnten. Unter den perfekt tschechischsprechenden Parlamentariern befanden sich neben Franz Spina²¹, der Slavist und im

¹⁸ Daniel Haase (1877–1939), 1920–36 Oberpastor der evangelisch-lutherischen Landeskirche Bessarabiens in Tarutino, 1926–34 Präsident des Deutschen Volksrates für Bessarabien, 1926–27, 1928–32 und 1933–37 Abg. sowie 1932–33 Senator in Bukarest, vgl. Balling: VRbB 604f.; zu den Bessarabiendeutschen vgl. Becker, J.: Bessarabien und seine Deutschen. Bietigheim 1966.

¹⁹ Karl Garlik (1886–1954), aus Krzemusch, Bez. Dux, 1935–38 SdP-Senator, nach 1939 als Frührentner oftmals stiller Begleiter des Gauleiters Konrad Henlein (1898–1945) durch das Sudetenland, Mai 1945 verhaftet, 1947 verurteilt, 1950 aus Gesundheitsgründen vorzeitig entlassen, vgl. Balling: VRbB 388.

²⁰ Vgl. Medinger, Wilhelm: Dringlichkeit der Lösung der Sprachenfrage. In: Deutsche Zeitung Bohemia – Beilage zur Jahrhundert-Ausgabe, 30.1.1927, Nr. 25. Medinger (1878–1934) war 1920–25 Abg. und 1925–32 Senator der Nationalversammlung, vertrat zunächst die DNP, 1922 im Zusammenhang mit seiner Wahl zum Vorsitzenden der Deutschen Völkerbundliga in der ČSR Bruch mit der DNP, gehörte ab 1925 der DCSVP an, vgl. Balling: VRbB, 328f. Auch Krüger, Peter: Wilhelm von Medinger, die internationale Ordnung nach 1918 und der Schatten des Mannes aus der Mancha. BohZ 26 (1985) 257–276.

²¹ Dr. Franz Spina (1868–1938), ab 1919 o. Professor der Slawistik an der Deutschen Universität in Prag, 1920–38 BdL-Abg. und 1926–38 als führender Vertreter des Sudetendeutschen Aktivismus unterschiedliche Ministerposten in der ČSR-Regierung, vgl. Balling: VRbB 290; eine größere Biographie bringt Harald Bachmann in Lebensbilder zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 2: Hrsg. v. Karl Bosl und Ferdinand Seibt. München – Wien 1976, 169–185. – Zum Aktivismus vgl. Balling, Mads Ole: Den sudetertyske Aktivismus 1926–

nationalen Sinne verständigungsbereit war, auch *Heinrich Brunar*²², *Alfred Rosche*²³ und *Ernst Schollich*²⁴, die der Deutschen Nationalpartei angehörten. Über die Hälfte der deutschbürgerlichen Abgeordneten und Senatoren, nämlich 37, besaßen überhaupt keine Kenntnis der amtlichen Sprache des Parlaments, dem sie angehörten. Da Konrad Henlein es unter seinem Niveau empfand, ein parlamentarisches Mandat zu bekleiden, fungierte nach 1935 *Karl Hermann Frank*²⁵ als Fraktionsführer der Sudetendeutschen Partei, obwohl auch er kein Tschechisch verstand.

Das Leben der im Handbuch biographierten deutschen Minderheitenpolitiker belegt zweifellos die hohe Relevanz der Theorien von Karl W. Deutsch – einem Sohn der bereits erwähnten Marie Deutsch –, der stark den kommunikativen Aspekt hervorhebt. Für eine Kultur bzw. nach Karl W. Deutsch für ein kulturelles Kommunikationssystem sei es charakteristisch, daß die Kommunikation innerhalb des Systems einfacher geht als über seine Grenzen. Eine effektiv fungierende Kommunikation setze eine gemeinsame Sprache voraus²⁶.

Äußere Zeichen dieses Phänomens sind unter anderem die Ausbildung der Probanden vor allem in Wien und in Deutschland, wo auch vielfach die politischen Vorbilder gefunden wurden.

Die Familien der meisten Parlamentarier empfanden sich zweifellos immer als deutsch, auch einige mit fremdklingenden Namen. So entstammte Erich Szegedi²⁷ einer seit dem Mittelalter in Siebenbürgen ansässigen Familie Ägedi, deren Name jedoch frühzeitig von einem ungarischen Beamten als Szegedi ins Kirchenbuch eingetragen wurde. Andererseits zeugen viele Namen und Biographien von gemischtnationaler Abstammung und Geschichte. Besonders im Memelland war die Zahl der

1929. [Der sudetendeutsche Aktivismus]. Spezialbehandlung des Fachbereichs Geschichte an der Universität Kopenhagen. København 1981.

²² Dr. Heinrich Brunar (1876–1933), Zuckmantel, 1925–30 Parteivorsitzender der DNP, 1920–25 Abg. und 1925–29 Senator, vgl. Balling, VRbB 406.

²³ Dr. Alfred Rosche (1884–1947), Nixdorf, Bez. Schluckenau, Abg. 1926–28 (DNP), 1929–35 (DAWG) und 1935–38 (SdP), führender deutschbürgerlicher Finanzpolitiker des Parlaments, 1947 vor Eröffnung des Parlamentarierprozesses im Gefängnis Pankratz an einem Herzanfall gestorben, vgl. Balling: VRbB 315f.

²⁴ Dr. Ernst Schollich (1882–1945), 1923–33 und 1938–45 Bürgermeister von Neutitschein, DNP-Abg. 1920–35, Selbstmord in tschechischer Haft 1945, vgl. Balling: VRbB 419f.

²⁵ Karl Hermann Frank (1898–1946), Egerer SdP-Abgeordneter 1935–38, ab 1939 im Protektorat, 1943 Deutscher Staatsminister für Böhmen und Mähren, 1946 in einem großen Prozeß in Prag wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und gehängt, vgl. Balling: VRbB 349.

²⁶ Vgl. Deutsch, Karl W.: *Nationalism and Social Communication*. New York 1953/1966, 96ff.; *Nationalism and Its Alternatives*. New York 1969, und *Nationenbildung-Nationalstaat-Integration*. Düsseldorf 1972. – Zur Kritik an der Deutsch-Schule vgl. Fischmann, J.A.: *The Rise and Fall of the Ethnic Revival*. Berlin 1984, und neuerdings Schmidt-Hartmann, Eva (Hrsg.): *Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien*. München 1994.

²⁷ Erich Szegedi (1900–1965), 1924–38 Professor an der Ackerbauschule in Marienburg/Siebenbürgen, nach Konflikten mit dem Volksgruppenführer Fritz Fabritius (1883–1957) gekündigt, 1940–44 Leiter der Ackerbauschule in Bistritz in Nordsiebenbürgen, 1942–45 als Vertreter der Siebenbürger Sachsen Oberhausmitglied in Ungarn, vgl. Balling: VRbB 520; zu den Siebenbürger Sachsen vgl. Schenk, Annemie: *Deutsche in Siebenbürgen. Ihre Geschichte und Kultur*. München 1992.

deutschgesinnten Seimasvertreter und Landtagsabgeordneten mit litauischer Abstammung groß. Und die litauische Sprache lebte noch als Haussprache. Hermann Gehlhaar²⁸ war 1929–40 Redakteur einer Zeitung in litauischer Sprache, und Christoph Jonischkies²⁹ lernte erst in der Schule deutsch, da zu Hause nur litauisch gesprochen wurde.

Einige markante Beispiele einer jungen ethnischen Eindeutschung beziehungsweise einer nicht allzu fernen andersnationalen Vergangenheit sind auch der Sachsenbischof Viktor Glondys³⁰ und die für die Wahlchancen der Polendeutschen wichtigen Bindeglieder Ernst Barczewski³¹ zur masurischen und Anton Tatulinski³² zur kaschubischen Volksgruppe. Das natürlich wahltaktisch bedingte Bekenntnis der beiden zu diesen Zielgruppen deutscher Wahlpropaganda disqualifizieren Barczewski und Tatulinski keineswegs als deutschgesinnte Parlamentarier in meinem Handbuch. Die Aufnahmekriterien der Parlamentarier werden im methodischen Abschnitt meines Werkes eingehend diskutiert³³. Anderswo im Bearbeitungsgebiet waren die Verhält-

²⁸ Hermann Gehlhaar (1887–1983), Abg. des Memelländischen Landtages 1925–27, 1927 Redakteur des „Memeler Dampfboot“ und 1929–40 der im Dampfbootverlag erschienenen *Lietuwiska Ceitunga*, vgl. Balling: VRbB 705f.; zur Politik der Memeldeutschen immer noch einschlägig Plieg, Ernst Albrecht: Das Memelland 1920–1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat. Würzburg 1962 (Marburger Ostforschungen 19).

²⁹ Christoph Jonischkies (1882–1933), 1925–33 Abg. des Memelländischen Landtages, fungierte 1927–33 als Schriftführer des Landtages in litauischer Sprache, vgl. Balling: VRbB 708.

³⁰ Dr. Dr. Viktor Glondys (1882–1949), in Biala/Galizien als Sohn eines katholischen polnischen Bäckermeisters litauischer Abstammung und einer deutschen Mutter geboren, 1932 als der bisher erste und einzige Nichtsachse zum Bischof der evangelischen Landeskirche A. B. gewählt, ex officio damit auch 1932–40 Mitglied des rumänischen Senats, vgl. Balling: VRbB 583f.

³¹ Ernst Barczewski (1869–1959), 1910–1936 Superintendent in Soldau in Masuren, deutscher Hochverwaltungsfunktionär während der Volksabstimmung in Allenstein 1920, führender Genossenschafter und in fast allen deutschen Organisationen tätig, betonte aber bei den Wahlen seine masurische Abstammung und seine angebliche masurische Nationalität, 1920–22 Abg. und 1928–30 Senator in Warschau, vgl. Balling: VRbB 216; siehe auch Walach, Johannes: Ernst Barczewski – der Vater der Masuren. In: Gestalten und Wege der Kirche im Osten. Festschrift zum 90. Geburtstag für Arthur Rhodé a 13. 12. 1958. Ulm 1958. 243–250.

³² Anton Tatulinski (1869–1959), Kleinbesitzer in Linde, Krs. Neustadt in Pommerellen, 1928–30 Abgeordneter in Warschau, vgl. Balling: VRbB 219; wurde als germanisierter bzw. germanophiler Kaschube am 12. 1. 1928 vom deutschen Großen Wahlausschuß im vorwiegend kaschubischen Wahlkreis Dirschau als Spitzenkandidat des Blocks der Nationalen Minderheiten aufgestellt, vgl. Akten des Politischen Archivs 1867–1945, Polen, Po. 5 (Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen), Deutsches Generalkonsulat Posen an das Auswärtige Amt v. 13. 1. 1928, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn; agitierte bei den Wahlen um Betonung seiner kaschubischen Nationalität mit großem Erfolg gegen die ungeschickte wirtschaftliche und soziale Politik Polens in seinem Gebiet.

³³ Vgl. Balling: VRbB 12–24. Leider ist Sabine Bamberger nicht nur diese Erörterung der schwierigen Bezeichnung „deutsch“ und meine Auswahl der Parlamentarier in ihrer Rezension meiner Arbeit völlig entgangen (Nordost-Archiv, NF 1/1992, 200–206, hier S. 205); meine Barczewski-Biographie zitiert sie sogar falsch und völlig sinnstörend, um feststellen zu können, ich hätte „hier die Begriffe Abstammung und Nationalität *wiederum ungeklärt* [meine Hervorhebung, MOB] wie Gegensätze nebeneinander“ gestellt (vgl. S. 206).

nisse der Deutschen in nationaler oder nationalpolitischer Hinsicht wesentlich komplizierter³⁴.

Dank der guten Hintergrundkenntnisse des Brünner Historikers Johann Wolfgang Brügel kann die Aufmerksamkeit auch auf die Parlamentarier Josef Freising³⁵, Stanislav Králíček³⁶ und Gottfried Krczal³⁷ gelenkt werden. Andere Teile des fremdsprachigen Familiennamensgutes waren nur noch historische Relikte der ursprünglichen geographischen Herkunft vor der Ansässigkeit im Gebiet: James Charles Gubba³⁸, Rudolf Lodgman³⁹, Eugen de Witte⁴⁰, Alois Lebouton⁴¹ usw.

Nicht immer waren die historischen Bindungen emotional total vergessen. Sie konnten auch nützlich sein, als später die Verfolgungen durch die Deutschen einsetzten. Stefan Frecot⁴² in Rumänien propagierte um 1925 eine Bewegung, die den Beweis erbringen sollte, daß viele Nachkommen der Banater Kolonisten französischen

³⁴ So z. B. bei den Ungarndeutschen oder bei den deutschen Parlamentariern in der Slowakei, dazu Balling, Mads Ole: *Karpatendeutsche Abgeordnete und Senatoren 1918–1945. Karpaten-Jahrbuch 1993*. Redigiert v. Theo Deters und Ruprecht Steinacker. Stuttgart 1992, 35–40.

³⁵ Josef Freising (1875–1971), „abgebauter“ Brünner Gymnasialprofessor, Gauturnwart des Turngaues Südmähren im Deutschen Turnverband in der ČSR, 1928–29 BdL-Abgeordneter in Prag, seine Kandidatur als bekannter Turnführer auf der BdL-Liste im Brünner Wahlkreis 1925 war Ausdruck von Bestrebungen des BdL, die Wählerposition der DNP besonders bei der südmährischen Bauernschaft zu schwächen, vgl. Balling: VRbB 402f.; Freising trug laut Brügel ursprünglich den Namen Počka.

³⁶ Stanislaus Králíček (1896–1945?), Stadtbaumeister in Brünn, 1937–39 SdP-Abg. in Prag, nach 1939 Kreisamtsleiter der NSDAP in Brünn, vermißt seit dem 7. 5. 1945, vgl. Balling: VRbB 405; Juni 1939 Namensänderung in Stanislaus Krumpholz, vgl. Personalakte im amerikanischen Berlin Document Center (im folgenden abgekürzt BDC), Berlin-Zehlendorf.

³⁷ Gottfried (Friedl) Krczal (1885–1966), Oberrechnungsrat in Brünn, 1934–35 Obmannstellvertreter des Deutschen Turnverbandes in der ČSR, 1935–38 SdP-Senator, nach 1938 Vorsitzender des Gaugerichts Sudetenland, vgl. Balling: VRbB 426; im April 1942 nach seinem südmährischen Geburtsort Namensänderung in Bergener, vgl. Personalakte im BDC.

³⁸ James Charles Gubba (1869–1945), Vorfahren aus der französischen Schweiz, auch schottische Ahnen, 1925–34 Abgeordneter des Memelländischen Landtages, zog 1939 nach Königsberg/Pr., hat sich im Januar 1945 dort mit seiner Frau zusammen das Leben genommen, vgl. Balling: VRbB 706f.

³⁹ Eigentlich Rudolf Lodgmann von Auen (1877–1962), entstammte dem im 16. Jahrhundert mit den Habsburgern von Spanien nach Böhmen gekommenen englischen Adelsgeschlecht der Lodgman of Owen, dessen Prädikat sich in Deutschland und Böhmen in „von Auen“ gewandelt hat, nach dem Ersten Weltkrieg nur noch Lodgman, da die ČSR kurz nach der Proklamation der Republik alle Adelstitel abschaffte, 1911–18 Abg. des Wiener Reichsrates, 1920–25 DNP-Abgeordneter in Prag, vgl. Balling: VRbB 328.

⁴⁰ Eugen de Witte (1882–1952), Karlsbader Redakteur, stammte väterlicherseits von flämischen Vorfahren, DSAP-Abgeordneter 1925–38, 1928–35 stellvertretender Parteivorsitzender der DSAP, in britischer Emigration in London gestorben, vgl. Balling: VRbB 342.

⁴¹ Dr. Alois Lebouton (1881–1936), Nachkomme von Emigrantenfamilien aus Brabant und Elsaß, Gymnasialprofessor in Czernowitz, 1919–20 Vorsitzender des Deutschen Volksrates für die Bukowina, 1928–31 und 1933–36 Senator sowie 1931–33 Abg. in Bukarest, vgl. Balling: VRbB 597.

⁴² Dr. Stefan Frecot (1887–1971), Temeswarer Rechtsanwalt, im August 1919 Führer der fünfköpfigen Pariser Abordnung, die am 15. 8. 1919 die Resolution der Banater Schwaben bei der Friedenskonferenz in Paris überreichte, 1919–20 Abgeordneter in Bukarest, 1952–54 an den

Ursprungs seien. Zwei Dezennien später – am 30. 6. 1945 – war Frecot Gründungsmitglied und Vorsitzender der Gesellschaft der Abkömmlinge ehemaliger französischer Kolonisten des Banats. Der Deutsch-Rumäne Lotar Rădăceanu⁴³ konnte offenbar ohne größere Schwierigkeiten seine politische Karriere nach 1944 fortsetzen, da er als internationalistischer Sozialdemokrat auch früher seine deutsche Nationalität zurückgestellt hatte.

Jüdischer Herkunft waren von den 636 Parlamentariern deutscher Nationalität, soweit bekannt, nur insgesamt 17 Personen oder 2,7 %. Diese waren der bürgerliche Albrecht Rogge⁴⁴ im Memelländischen Landtag, der Bielitzer Sozialdemokrat Siegmunt Glücksmann⁴⁵ im Oberschlesischen Landtag und 15 Parlamentarier in der Tschechoslowakei, nämlich der später abtrünnige Kommunist Wilhelm Herlinger⁴⁶, die drei liberalen Deutschdemokraten Bruno Kafka⁴⁷, Franz Bacher⁴⁸ und Ludwig Spiegel⁴⁹ und die elf Sozialdemokraten Irene Kirpal, Marie Deutsch, Ernst Hirsch⁵⁰, Franziska Blatny, Arnold Holitscher⁵¹, Carl Heller⁵², Ludwig Czech⁵³, Siegfried Taub⁵⁴, Viktor Haas⁵⁵, Johann Polach⁵⁶ und Otto Hahn⁵⁷.

Donau-Schwarzmerkanal verschleppt, vgl. Balling: VRbB 635; zu den Banater Deutschen vgl. Martin, William: *Kurze Geschichte der Banater Schwaben*. Timișoara 1980.

⁴³ Lotar Rădăceanu, eigentlich Lothar Wurzer (1899–1955), Publizist in Bukarest, 1928–31 (Banat) und 1932–33 (Bukowina) sowie erneut 1946–52 Abg. in Bukarest, vgl. Balling: VRbB 645 f.

⁴⁴ Albrecht Rogge (1890–1933), Memeler Landgerichtsrat, 1925–27 Abgeordneter des Memelländischen Landtages, 1927 Rückkehr in seine sächsische Heimat, beging nach der NS-Macht-ergreifung 1933 Selbstmord in Torgau, vgl. Balling: VRbB 712.

⁴⁵ Dr. Siegmunt Glücksmann (1884–1942), Bielitzer Rechtsanwalt, führender Parteiideologe der deutschen Sozialdemokraten Polens, 1930–35 Abgeordneter in Kattowitz, kurz vor dem deutschen Einmarsch in Polen im September 1939 mit seiner Familie Flucht in die UdSSR, 1942 in Buchara in Uzbekistan starb, vgl. Balling: VRbB 758.

⁴⁶ Wilhelm Herlinger (1873–1939), Metallarbeiter in Witkowitz, Bez. Mährisch-Ostrau, 1925–29 KPTsch-Senator in Prag, trotzkistische Sympathien, gehörte zu den 26 Abgeordneten und Senatoren der KPTsch, die am 27. 3. 1929 gegen die sog. ultralinke Politik der neuen Führung um Klement Gottwald (1896–1953) protestierten, 1939, nach Einmarsch der deutschen Truppen in die Rest-ČSR, verhaftet und am 16. 3. 1939 mit Ehefrau in Oppau/Oder bei Hultschin standrechtlich erschossen, vgl. Balling: VRbB 431 f.

⁴⁷ Dr. Bruno Kafka (1881–1931), ein Vetter des weltberühmten Schriftstellers Franz Kafka (1883–1924), 1919–31 o. Professor für Bürgerliches Recht an der Deutschen Universität Prag, 1920–25 und 1929–31 Abg. der DDFP bzw. der DAWG in Prag, faktischer Besitzer der Prager „Deutschen Zeitung Bohemia“, vgl. Balling: VRbB 287.

⁴⁸ Dr. Franz Bacher (1884–1945), Chefredakteur der „Deutschen Zeitung Bohemia“ in Prag, 1931–35 DAWG-Abgeordneter, lebte nach der deutschen Besetzung Prags 1939 unter kümmerlichen Verhältnissen, am 16. 3. 1945 in Prag gestorben, vgl. Balling: VRbB 288.

⁴⁹ Dr. Ludwig Spiegel (1864–1926), ab 1910 o. Professor für Staats- und Verwaltungsrecht sowie 1926 Rektor an der Deutschen Universität in Prag, 1920–25 DDFP-Senator, vgl. Balling: VRbB 373.

⁵⁰ Ernst Hirsch (1874–1925), ab Gründung 1920 Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr in Teplitz-Schönau, 1920–25 DSAP-Abgeordneter, vgl. Balling: VRbB 326.

⁵¹ Dr. Arnold Holitscher (1859–1942), Chefarzt der Komotauer Bezirkskrankenversicherungsanstalt, 1919–25 Obmann des Arbeiterabstinentenbundes, 1920–25 Abgeordneter und 1929–35 Senator der DSAP in Prag, nach dem Münchener Abkommen 1938 mit seiner Frau Flucht nach Prag, dort 21. 10. 1942 gestorben, vgl. Balling: VRbB 337.

Schon vor der Katastrophe sah sich die angeblich besonders „verjudete“ DSAP angesichts des wachsenden Antisemitismus im Sudetendeutschtum zur Selbstzensur und Selbstbeschränkung gezwungen. Als Wilhelm Nießner⁵⁸ 1935 als Chefredakteur des Parteiorgans „Sozialdemokrat“ pensioniert wurde, lehnte der DSAP-Generalsekretär Siegfried Taub die Ernennung von dessen jüdischem Stellvertreter Emil Strauß⁵⁹ zu seinem Nachfolger ab. Taub soll gesagt haben: „In der jetzigen Zeit geht das nicht. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende ist Jude (das war Czech; MOB). Der Fraktionsvorsitzende im Senat ist Jude (Heller; MOB). Der Sekretär im Klub der Abgeordneten (Robert Wiener⁶⁰; MOB) ist Jude. Der Parteisekretär (Taub selbst; MOB) ist Jude. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses ist Jude (ebenfalls Taub; MOB). Wir

⁵² Dr. Carl Heller (1872–1944), Advokat in Teplitz-Schönau, 1920–38 DSAP-Senator, 1929–38 Vizepräsident des Senats, am 15.3.1939 mit dem letzten dänischen Transport, der Prag noch verlassen konnte, Flucht nach Kopenhagen, 1940 mit Hilfe der dänischen Sozialdemokraten legale Weiteremigration nach Schweden, 1944 in Stockholm gestorben, vgl. Balling: VRbB 382.

⁵³ Dr. Ludwig Czech (1870–1942), Brünner Advokat, 1921–38 Parteivorsitzender der DSAP, 1920–39 DSAP-Abgeordneter, 1920–25 Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, 1929–38 unterschiedliche Ressorts in der ČSR-Regierung, blieb 1938/39 trotz Emigrationsmöglichkeiten in Brünn, am 20.3.1942 nach Theresienstadt deportiert und dort am 20.8.1942 verstorben, vgl. Balling: VRbB 400; siehe auch Brüg el, Johann W.: Ludwig Czech. Arbeiterführer und Staatsmann. Wien 1960.

⁵⁴ Siegfried Taub (1876–1946), ursprünglich Direktor der Brünner Bezirkskrankenkasse, 1925–38 DSAP-Generalsekretär in Prag, 1920–39 DSAP-Abgeordneter, 1929–38 Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, 1939 zunächst Asyl in der britischen Botschaft in Prag, dann freies Geleit über Polen nach Schweden, 1941 Weiteremigration in die USA, 1946 in New York gestorben, vgl. Balling: VRbB 401.

⁵⁵ Dr. Viktor Haas (1882–1964), Rechtsanwalt, 1923–39 Direktor der Revierbruderlade in Mährisch-Ostau, 1920–25 DSAP-Abgeordneter, 1939 Emigration nach England, nach Kriegsende Rückkehr in die ČSR und 1945–48 im Ministerium für Volkswohlfahrt und Arbeit in Prag Experte für Sozialversicherung, ab 1948 wieder im Exil in Wales, vgl. Balling: VRbB 417.

⁵⁶ Johann Polach (1871–1942), Gymnasialprofessor in Brünn, 1920–35 DSAP-Senator, am 16.11.1942 im Ghetto Theresienstadt umgekommen, vgl. Balling: VRbB 430.

⁵⁷ Dr. Otto Hahn (1888–1946), Redakteur in Reichenberg, 1920–21 DSAP-Abgeordneter, ging bei der Parteispaltung mit den Linken um Karl Kreibich (1883–1966), mit der Funktion als Sekretär des Verbandes der öffentlichen Angestellten in der ČSR (1922–38) für die DSAP zurückgewonnen, 1938 Emigration nach Großbritannien, vgl. Balling: VRbB 297.

⁵⁸ Wilhelm Nießner (1873–1953) aus Brünn, 1921–35 Chefredakteur des „Sozialdemokraten“ in Prag, 1920–36 DSAP-Senator, 1920–26 Vizepräsident des Senats, vgl. Balling: VRbB 425.

⁵⁹ Emil Strauß (1889–1944), ab 1921 Redakteur in Karlsbad und Prag, Verfasser einer zweibändigen Geschichte der Sozialdemokratie Böhmens (1925/26), 1929–39 Mitglied der Böhmisches Landesvertretung, Verhaftung einige Tage nach dem 15.3.1939 durch die Gestapo, später ins KZ Buchenwald verschleppt, ist, laut Kürbisch, Friedrich G.: Chronik der sudetendeutschen Sozialdemokratie 1936–1938. Stuttgart 1982, 122, am 12.12.1944 in Auschwitz gestorben.

⁶⁰ Dr. Robert Wiener (1895–1948), in Wien geboren, Jurist, ab Anfang der zwanziger Jahre Klubsekretär der DSAP-Fraktion im Prager Parlament, in der Emigration enger Mitarbeiter von Wenzel Jaksch (1896–1966), vgl. Kürbisch: Chronik 125.

würden den Nazis willkommene Argumente liefern, wenn auch noch der Chef im „Sozialdemokrat“ Jude wäre.“⁶¹

Nur mit erheblicher Unsicherheit läßt sich ein Bild von der *beruflichen Gliederung* der deutschen Minderheitenparlamentarier gewinnen. Grund dafür sind keineswegs fehlende Angaben – für sämtliche Personen liegen Berufsbezeichnungen vor –, sondern vielmehr, daß die Bezeichnungen nicht immer einwandfreie Rückschlüsse auf die Art der Tätigkeit gestatten. Einige Kommunisten nannten sich gerne Arbeiter, viele Sozialdemokraten mit Vorliebe Redakteure, obwohl sie offenbar vor allem Parteifunktionäre waren und ihr Gehalt von der Partei bezogen.

Besondere Schwierigkeiten bereitet die Trennung zwischen den beiden Gruppen Presse/Publizistik und hauptamtliche Parteifunktionäre wohl deswegen, weil eine klare Trennung auch den Betreffenden selbst nicht möglich war. Es läßt sich anhand der Lebensläufe feststellen, daß die angeblichen Redakteure häufig mehr mit gewöhnlicher Partei- und Gewerkschaftsarbeit als mit Journalismus beschäftigt waren. Diese enge Verflechtung wies auch eine Untersuchung der reichsdeutschen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und ihre Arbeit in der Parteipresse vor dem Ersten Weltkrieg nach.⁶²

Es wurde für richtig und natürlich gehalten, den beruflichen Stand unmittelbar vor dem ersten Parlamentseintritt zugrunde zu legen. Nachher waren die Parlamentsmitglieder ja grundsätzlich hauptamtliche Politiker mit festem Gehalt und damit versorgt. Die Abhängigkeit der Parlamentarier von den politischen Parteien war in der Tschechoslowakei nicht zuletzt materiell bedingt. Viele Mitglieder der Nationalversammlung hatten eigentlich keinen eigenen Beruf, und so stellte das mit der Parlamentsfunktion verbundene Gehalt oft die Haupt-, wenn nicht gar die ausschließliche Quelle des Unterhalts dar.⁶³

Das Einkommen eines Abgeordneten oder Senators betrug 5 000 Kčs. Dies war vergleichbar mit dem Gehalt eines höheren Ministerialbeamten und lag über dem Durchschnittsverdienst der arbeitenden Bevölkerung, d. h. bei etwa 120 %. Dazu kam eine Freifahrtkarte erster Klasse für alle Bahnen in der Tschechoslowakei. Das Gehalt war steuer- und abgabenfrei. Obwohl von diesem Monatsgehalt normalerweise ein Betrag an die Partei (BdL 1400 Kronen, die SdP etwas mehr) abzugeben war, Mitglieder oder Vorsitzende der Fraktionen und Ausschüsse keine zusätzliche Vergütung erhielten, eine Wartegeldregelung unbekannt war – mit Wegfall des Mandats entfiel auch das Gehalt – und die mit der Tätigkeit des Parlamentariers im Wahlkreis verbundenen Ausgaben aus der eigenen Tasche bezahlt werden mußten, hatten die Parlamentarier

⁶¹ Vgl. Archiv der Sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Brügel Depositum/3: Rudolf Zischka an Brügel, 9. 1. 1974; Zischka (1895–1980) war 1935–38 DSAP-Abg., ging 1938 in die Londoner Emigration, von dort 1939 nach Bolivien, 1962 Übersiedlung in die BRD, kritisierte ab 1964 mit u. a. Brügel (1905–1986) heftig die Seliger-Gemeinde in Stuttgart.

⁶² Vgl. Sperlich, Waltraud: Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867 bis 1918. Düsseldorf 1983 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien 72).

⁶³ Vgl. Lipscher, Ladislav: Verfassung und politische Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918–1939. München-Wien 1979, 115 f.

im allgemeinen Vergleich ein „gutes Auskommen“⁶⁴. Beispielsweise bezog Fritz Köllner⁶⁵ vor seinem Eintritt in die Politik als Bankangestellter ein monatliches Einkommen von nur Kčs 2000.

Die Gruppe öffentlicher Angestellter, die normalerweise in modernen Parlamenten und bei Mehrheitenparlamentarierern wegen der Urlaubsregelungen sehr groß ist, spielte mit nur 6,5 % eine geringe Rolle bei den Deutschen. Es handelt sich in der großen Mehrheit um kommunale, selten um Angestellte beim Staat oder bei den Provinzbehörden. Wir sprechen von einem der entscheidenden Unterschiede zwischen Mehrheits- und Minderheitenparlamentariern. Ein in dieser Beziehung bedeutsames Ereignis war der Beamtenabbau, der in der ČSR in den zwanziger Jahren durchgeführt wurde. Der extreme Nationalismus und Radikalismus bei einer Reihe von deutschen Parlamentariern in Prag war keine reine Demagogie. Viele Abgeordnete und Senatoren der Deutschen waren unmittelbar von dem betroffen, was sie öffentlich in ihren heftigen Reden vertraten⁶⁶. So war der führende Nationalsozialist Rudolf Jung⁶⁷ ursprünglich Maschineningenieur der österreichischen Staatsbahnen, wurde 1918 des Dienstes enthoben, nach einem langwierigen Verfahren wieder eingestellt, und zwar als Technischer Rat der tschechoslowakischen Staatsbahnen, schließlich aber am 1. April 1926 aufgrund des sogenannten Abbaugesetzes frühzeitig pensioniert.

Die überwiegend ländliche Struktur der deutschen Siedlungen spiegelt sich in der hohen Zahl von Gutsbesitzern und Landwirten wider – mit 21,2 % aller deutschen Parlamentarier die wichtigste Gruppe. Man möchte auch gerne eine Nuancierung des Agrarsektors nach Größenklassen vornehmen, aber dafür reicht das Material leider nicht aus.

Am wichtigsten bei den Sudetendeutschen waren aber die Funktionäre der zahlreichen Parteien, Verbände und Organisationen. Sie kommen mit 17,2 % an zweiter Stelle. Die Elite der Deutschen in den böhmischen Ländern hatte vor dem Ersten Weltkrieg vor allem gute Karrieremöglichkeiten in der Verwaltung, in der Armee oder in der Großindustrie. In der Tschechoslowakei waren mit dem Wegfall des großen Binnenmarktes und mit der Degradierung der Deutschen zur nationalen Minderheit diese Berufswege für sie gesperrt. Als Ersatz eröffnete sich ihnen nach 1918 ein neues

⁶⁴ Schriftliche Mitteilung von Dr. Fritz Köllner, München vom 27.10.1983; die enormen Korrespondenzunterlagen sowie die Zeitungsausschnitte, Ablichtungen aus Archivalien usw. für Balling: VRbB, sind als Deponat dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München übergeben worden (Signatur: ED 224).

⁶⁵ Dr. Fritz Köllner (1904–1986), Hauptleitungsmitglied der SHF bzw. der SdP ab 1933, 1935–38 SdP-Abgeordneter, 1939–40 stellvertretender Gauleiter im Sudetenland, 1947 in Prag zu 25 Jahren Gefängnis bzw. Zwangsarbeit verurteilt, Uranbergbau im Joachimsthaler Revier, 1955 amnestiert und in die BRD ausgewiesen, vgl. Balling: VRbB 356f.

⁶⁶ Dazu Jaworski, Rudolf: Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstums-kampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR. Stuttgart 1977, insbes. S. 48–55.

⁶⁷ Ing. Rudolf Jung (1882–1945), Troppau, 1920–33 DNSAP-Abgeordneter, 1926–33 Parteivorsitzender der DNSAP, nach tschechischer Untersuchungshaft 1935 Flucht nach Deutschland, 1937–40 Dozent, dann Professor der Hochschule für Politik in Berlin, stand als ambitionierter Veteran und Ideologe der nationalsozialistischen Bewegung in gewisser Rivalität zu Hitler, wurde bei der Besetzung der Führungspositionen im NS-Machtbereich übergangen, 1945 in Prag verhaftet, vgl. Balling: VRbB 418.

– aber wesentlich unsichereres – Tätigkeitsfeld in den völkischen und Interessenorganisationen der sudetendeutschen Volksgruppe. Gustav Peters⁶⁸ war Sekretär der Gesellschaft zur Förderung der deutschen Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen, später der Deutschen Sektion der Modernen Galerie in Prag, 1918/19 Beamter der deutschböhmischen Landesregierung und 1926–38 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der deutschen wirtschaftlichen Verbände. Der frühere Major Emil Enhuber⁶⁹ war ab 1921 Sekretär des Landesverbandes der Bäcker. Der „abgebaute“ Brünner Gymnasialprofessor Josef Freising betätigte sich beruflich in der Deutschen Turnbewegung⁷⁰ usw.

11,1% beträgt die Kategorie „Selbständige und Handwerker“, 9,4% waren in Lehrberufen tätig, 8,9% in Presse/Publicistik, 8,0% vertraten freie Berufe. In der letzten Gruppe dominierten die Rechtsanwälte. Die Zahl derjenigen, die eine juristische Ausbildung hatten, war übrigens im ganzen sehr hoch.

Die alten Meinungsbilder und Führer ethnischer Bevölkerungsgruppen, die Priester und Pfarrer, spielten zahlenmäßig eine eher bescheidene, politisch aber bis 1933 eine immer noch erhebliche Rolle in den deutschen Minderheiten. In den zwanziger Jahren wurde allerdings von Rom ein parlamentarischer *numerus clausus* für hohe katholische Geistliche eingeführt, der in den multiethnischen und -religiösen Staaten Ostmitteleuropas sofort unterschiedliche innenpolitische – wenn auch nicht immer eindeutig nationalitätenpolitische – Verwendung fand. Prominentes Opfer unter den deutschen Minderheitenparlamentariern war z. B. 1928 in Polen Joseph Klinka⁷¹. 1925 durften ferner in der Tschechoslowakei weder August Naegle⁷² noch Robert Schälzky⁷³ kandidieren.

⁶⁸ Dr. Gustav Peters (1885–1959), Schriftsteller in Prag, 1920–26 Leiter der Deutschpolitischen Arbeitsstelle bzw. des Deutschpolitischen Arbeitsamtes in Prag, Abgeordneter 1929–35 (DAWG) und 1935–38 (SdP), 1947 im Prozeß gegen die ehemaligen Abgeordneten und Senatoren der SdP zu langjähriger Kerkerhaft verurteilt, 1954 vorzeitig in die BRD entlassen, vgl. Balling: VRbB 346.

⁶⁹ Eigentlich Emil August Edler von Enhuber (1878–1947), politisch ursprünglich DCSVP-Parteisekretär in Aussig/Elbe, 1935–38 SdP-Senator, 1945 verhaftet, 1947 als Untersuchungshäftling im Gefängnis Prag-Pankratz umgekommen, vgl. Balling: VRbB 387.

⁷⁰ Erhöhte Beachtung in Forscherkreisen fand das Thema Sport im Nationalitätenkampf, dem nicht zuletzt eine Schlüsselposition zugesprochen wird, dazu Blecking, Diethelm (Hrsg.): Die slawische Sokolbewegung. Beiträge zur Geschichte von Sport und Nationalismus in Osteuropa. Dortmund 1991 und Luh, Andreas: Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung. München 1988.

⁷¹ Joseph Klinka (1869–1932), ab 1905 Domherr in Posen, 1922–28 Abgeordneter in Warschau, stellvertretender Vorsitzender der deutschen Sejmfraktion, Anfang 1928 verbot ihm der Primas von Polen, Kardinal Dr. August Hlond (1881–1948), die Neuannahme eines Parlamentsmandates, vgl. Balling: VRbB 195.

⁷² Dr. August Naegle (1869–1932), ab 1906 o. Professor der Kirchengeschichte und Patristik an der Deutschen Universität Prag, mehrmals Rektor, 1920–25 DNP-Senator, erhielt bei der Wahl des Präsidenten 1920 als deutschbürgerlicher Gegenkandidat von Tomáš Masaryk (1850–1937) 61 Stimmen, vgl. Balling: VRbB 364.

⁷³ Robert Schälzky (1882–1948), zunächst als Ordensangehöriger im Schuldienst in Freudenthal, 1920–25 DCSVP-Abgeordneter, 1936–1948 der 61. Hochmeister in der achthundertjährigen Geschichte des Deutschen Ordens, vgl. Balling: VRbB 409.

Die unter großen Schwierigkeiten ermittelten Geburtsorte eröffnen wichtige Analysemöglichkeiten hinsichtlich der *geographischen Herkunft* der deutschen Minderheitenparlamentarier.

An sich ist der Geburtsort natürlich nur ein Beweis für den Aufenthaltsort der Mutter zur Zeit der Niederkunft. Bekanntlich ist aber eine Geburt ein voraussehbares Ereignis und dazu – wenigstens vor dem Ersten Weltkrieg – ein ziemlich riskantes Unternehmen für Mutter und Kind, so daß sich die Hochschwangeren sicherlich sehr selten auf Reise begaben. Das Element des Zufalls des Geburtsorts dürfte also minimal gewesen sein. Man wurde dort geboren, wo die Eltern lebten, und zwar fast ausnahmslos zu Hause. Die geringen Transportmöglichkeiten und Kapazitäten der Hospitäler schlossen Krankenhausgeburten in der nächstliegenden Stadt (wie das heute üblich ist) so gut wie vollständig aus. Tatsache ist ja auch, daß der Geburtsort von Behörden in der ganzen Welt als ein objektives Kriterium in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, in Fragen über Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung usw. verwendet wird.

So ermöglichen die Geburtsorte, deren Ermittlung zu 98,5 % gelungen ist, beispielsweise eine nähere Untersuchung der Frage, in welchem Ausmaß die zwischen 1919 und 1945 tätigen deutschen Parlamentarier auf dem Territorium ihres späteren Parlaments geboren worden – und also „bodenständig“ – waren.

Anhand dieser Statistik läßt sich sagen, daß 542 von 650 ermittelten deutschen Parlamentariern, d. h. 83,3 %, aus dem Gesetzgebungsbereich ihres späteren Parlaments stammten. Diese Zahl scheint mir sehr hoch zu sein. Die deutschen Mandatsträger wurden ja vor dem Ersten Weltkrieg als Staatsbürger der riesigen Wirtschaftsgebiete Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn geboren, die eine beachtliche Binnenmobilität hatten.

Dennoch kamen nur weitere 30 Personen außerhalb ihres späteren Wirkungsraumes zur Welt. So waren z. B. von den sudetendeutschen Parlamentariern Ludwig Wagner⁷⁴ in Kowno in Litauen, Ludwig Czech und Felix Luschka⁷⁵ im späteren Polen und Karl Haiblick⁷⁶ in Ajka in Ungarn geboren. Es ist aber charakteristisch, daß die Geburtsorte von 27 dieser 30 Personen in Gebieten lagen, die vor dem Ersten Weltkrieg noch Inland waren. Insgesamt waren damit 572 von 650 ermittelten deutschen Parlamentariern im weiteren Umfeld beheimatet. Das entspricht genau 88,0 %.

Nach dem Grad der Bodenständigkeit im Kompetenzbereich ihres späteren Parlaments gliedern sich die deutschen Mandatsträger der einzelnen Körperschaften wie

⁷⁴ Ludwig Wagner (1899–1967?), geboren in Kowno/Litauen, 1924 Zahntechniker in Mährisch Ostrau, ab 1930 in Friedberg. Mitglied der DNSAP und ab 1933 der SHF, 1935–38 Abgeordneter der SdP, 1938 in die NSDAP und SS aufgenommen, 1940–42 Leiter einer Außenstelle des Bodenamtes in Teschen, 1942–43 Leiter des Dezernats Boden und Landwirtschaft in der Kreisdienststelle Teschen, ab 1943 Leiter eines landwirtschaftlichen Kommandos in Kattowitz.

⁷⁵ Eigentlich Felix Luschka Edler von Sellheim (1885–1968), geb. in Bielitz, Österr.-Schlesien 1920–38 Abgeordneter der DCSVP bzw. 1938 der SdP, in der ersten aktivistischen Phase 1926–29 Mitglied des *de facto* maßgebenden achtgliedrigen Koalitionsausschusses der Regierungsparteien, vgl. Balling: VRbB 419.

⁷⁶ Karl Haiblick (* 1893), Betriebsarbeiter in Werken des Elbetales, 1925–31 KPTsch-Abgeordneter, Ende 1931 aufgrund eines Urteils des ordentlichen Gerichtes in absentia vom Wahlgericht seines Mandates enthoben, vgl. Balling: VRbB 330.

folgt: Estland 100 %, Rumänien und Litauen 91,7 % und die Tschechoslowakei 90,8 %. Dagegen waren die deutschen Abgeordneten im Oberschlesischen Sejm und im Memelländischen Landtag nur zu 67 % bodenständig. In Deutschland geboren waren die fünf Sudetendeutschen Kurt Babel⁷⁷, Dominik Leibl⁷⁸, August Naegle, Karl Stellwag⁷⁹ und Karl Hilgenreiner⁸⁰, in Wien zwölf, nämlich Otto Hahn, Karl Čermak⁸¹, Alois Neurath⁸², Marie Deutsch, Wilhelm Medinger, Arnold Holitscher, Josefine Weber, Karl Schuster⁸³, Anton Dietl⁸⁴, Robert Mayr-Harting⁸⁵, Heinrich Brunar und Johann Jokl⁸⁶.

„It is well known that the extreme nationalists tend to come from the borderlands, the friction zones of their nation“, schreibt der britische Historiker Raymond Pear-

⁷⁷ Kurt Babel (1897–1968), Eisenbahner in Neutürmaul, Bez. Komotau, geboren in Liegnitz/Preußisch-Schlesien, 1929–35 KPTsch-Abgeordneter, 1938–45 Emigration nach London und Cardiff, 1945 Rückkehr in die ČSR, 1951–1962 Chefredakteur der deutschsprachigen Gewerkschaftszeitung „Aufbau und Frieden“ in Prag, vgl. Balling: VRbB 330f.

⁷⁸ Dominik Leibl (1869–1947), Hradzen, Bez. Mies, geboren in Sennfeld im Odenwaldkreis/Baden, 1920–35 DSAP-Abgeordneter, Gründer und Verbandsobmann des Reichsverbandes bzw. Zentralverbandes der Kleinlandwirte und Häusler, bekannt als „der rote Pflüger“, vgl. Balling: VRbB 353.

⁷⁹ Karl Stellwag (1873–1963), Gutspächter in Drum I, Bez. Böhmisches-Leipa, geboren auf Stockfelderhof bei Langenstein/Bodensee (Baden), 1935–38 SdP-Senator, 1945 verhaftet, 1947 in Prag verurteilt, 1948 entlassen und nach Bayern ausgesiedelt, vgl. Balling: VRbB 378.

⁸⁰ Dr. Karl Hilgenreiner (1867–1948), geboren in Friedberg/Hessen, seit 1869 in Böhmen, ab 1904 o. Professor der Moraltheologie an der Deutschen Universität Prag, 1920–39 Mitgründer und Senator der DCSVP bzw. 1938 der SdP, 1934–35 Parteivorsitzender der DCSVP, vgl. Balling: VRbB 390.

⁸¹ Karl Čermak (1881–1924), Redakteur in Teplitz-Schönau, 1919–24 Generalsekretär, 1920–24 Abgeordneter und stellvertretender Parteivorsitzender der DSAP, vgl. Balling: VRbB 307; interessanterweise gingen nicht nur Deutsche aus Wien in die böhmischen Länder, sondern es gab auch umgekehrt eine für die Binnenmobilität der Habsburger Doppelmonarchie charakteristische Migrationsbewegung, die zu einem erheblichen tschechischen Zustrom in die Donaumetropole geführt hat, vgl. zu den Wiener Tschechen Brousek, Karl Maria: Wien und seine Tschechen. Integration und Assimilation einer Minderheit im 20. Jahrhundert. Wien 1980, und Glettler, Monika: Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt. München-Wien 1972; siehe auch Kořalka, Jiří: Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge in der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern. München 1991.

⁸² Alois Neurath (1886–1955), Redakteur und Parteifunktionär in Reichenberg, 1921 Ausschuß aus der DSAP, hatte 1924–26 zusammen mit Josef Haken (1880–1949) die Führung der KPTsch inne, 1925–29 Abgeordneter, in den dreißiger Jahren Vertrauensmann von Lev Trotzki (1878–1940) in der ČSR, 1939 Flucht nach Norwegen, 1944 von der Gestapo verhaftet und nach Prag transportiert, ab 1946 in Schweden, vgl. Balling: VRbB 314f.

⁸³ Karl Schuster (1877–1935), Sekretär des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Drahowitz, Karlsbad und Tachau, 1920–29 Abgeordneter der DSAP, leitender Mitarbeiter des Westböhmischen Volkszeitungsverlages, vgl. Balling: VRbB 354.

⁸⁴ Anton Dietl (1868–1945?), aus Mödling gebürtig, 1919–36 Sekretär des Verbandes Deutscher Wirtschaftsgenossenschaften in Prag bzw. Direktor der Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine (GEC), 1920–34 Abgeordneter der DSAP, seit Mai 1945 in Prag verschollen, vgl. Balling: VRbB 358.

⁸⁵ Dr. Robert Mayr-Harting (1874–1948), Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Czernowitz und ab 1909 an der Deutschen Universität Prag, 1920–25 Senator und

son⁸⁷. Daß die extremen Nationalisten dazu neigen sollen, aus dem Grenzland zu kommen, ist aufgrund des vorliegenden Materials schwer zu verifizieren oder zu falsifizieren. Es gibt Beispiele sowohl für als auch gegen diese These, vor allem weil fast alle deutschen Minderheitenparlamentarier natürlich in ethnischen Grenz- und Konfliktzonen lebten. Für die Tschechoslowakei stimmen meine Ergebnisse jedoch ziemlich genau mit Pearsons Behauptung überein. Viele bekannte nationalistische Parlamentsmitglieder der Deutschen stammten in der Tat aus sprachlichen Grenzgebieten und aus Sprachinseln. Beispielsweise wurden Hans Krebs⁸⁸ und Theodor Wollschack⁸⁹ in Iglau, Rudolf Jung in Plaß/Innerböhmen geboren, und Jung hatte in Iglau die Schule besucht. Franz Karmasin⁹⁰ war aus Olmütz gebürtig, Alois Baeran⁹¹ aus Brünn, Rudolf Lodgman wurde in Königgrätz geboren und wuchs in Prag auf, Emil Enhuber war aus Pilsen und Fritz Zippelius⁹² kam aus dem national besonders umkämpften bzw. unterwanderten Brüx.

Heute besteht in den parlamentarischen Demokratien keine größere Bindung des Abgeordneten mit seinem Wahlkreis mehr. Nach dem Wahlrechtler Karl Braunias habe „die zu enge Verbindung mit dem kleinen Wahlkreis eine ganz bestimmte geistige

1925–39 Abgeordneter der DCSVP bzw. 1938 der SdP, 1926–29 Justizminister der ČSR, vgl. Balling: VRbB 372; siehe auch die größere Biographie von Hans Schütz in: Lebensbilder zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 4. Hrsg. v. Ferdinand Seibt. München-Wien 1981, 265–286.

⁸⁶ Johann [Hans] Jokl (1878–1935), Redakteur der Troppauer „Volkspresse“, 1911–18 Abgeordneter des Wiener Reichsrats, Oktober-Dezember 1918 Landeshauptmann-Stellvertreter der kurzlebigen mährisch-schlesischen Provinz „Sudetenland“, 1920–25 Abgeordneter und 1925–35 Senator der DSAP, vgl. Balling: VRbB 407.

⁸⁷ Pearson, Raymond: National Minorities in Eastern Europe 1848–1945. London 1983, 20 Themes in Contemporary History).

⁸⁸ Hans Krebs (1888–1947), in Aussig/Elbe wohnhaft, 1925–33 DNSAP-Abgeordneter, 1930–32 Landesobmann des DNSAP-Volkssportverbandes, als solcher 1933 vom Parlament ausgeliefert und verhaftet, 1933 Flucht nach Deutschland, 1936–45 Mitglied des Deutschen Reichstages, 1938–45 Regierungspräsident in Aussig, 1947 in Prag wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und hingerichtet, vgl. Balling: VRbB 313.

⁸⁹ Dr. Theodor Wollschack (1855–1939), Professor i. R. in Mährisch-Schönberg, aufgrund des während der Studienzeit in Wien erlebten sozialen Elends ursprünglich Sozialdemokrat, kurz nach dem Ersten Weltkrieg Bruch mit der DSAP, Anschluß an die DNSAP, für diese Partei 1925–29 Abgeordneter, 1925 als der mit Abstand älteste Abgeordnete in die Nationalversammlung gewählt, vgl. Balling: VRbB 412.

⁹⁰ Ing. Franz Karmasin (1901–1970), Beamter in Preßburg, ab 1926 genossenschaftlich, wirtschaftlich und politisch für die Deutschen in der Slowakei tätig, 1935 als Funktionär des unpolitischen Deutschen Kulturverbandes nicht in der Slowakei, sondern im Wahlkreis Iglau für die SdP aufgestellt und gewählt, 1935–39 Abgeordneter in Prag, 1939–45 Volksgruppenführer der Karpatendeutschen und 1939–45 Abgeordneter in Preßburg, vgl. Balling: VRbB 397 und 665.

⁹¹ Dr. Alois Baeran (1872–1936), Brunner Obermagistratsrat, 1920–23 DNP-Abgeordneter, 27.1.1922 Stinkbombenwurf im Prager Abgeordnetenhaus, 1923 Mandatsaberkennung und wegen öffentlicher Gewalttätigkeit und Spionage zugunsten Ungarns zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt, aus Gesundheitsgründen vorzeitig entlassen 1925 Flucht nach Deutschland, dort als Märtyrer an zahllosen antitschechischen Kundgebungen des Sudeten-deutschen Heimatbundes beteiligt, vgl. Balling: VRbB 399.

⁹² Dr. Fritz Zippelius (1901–1990), ab 1920/21 Betätigung in der DNSAP, Rechtsanwalt in Teplitz-Schönau, 1935–38 SdP-Abgeordneter, 1938–42 Regierungspräsident in Troppau,

Einstellung herbeigeführt, die nur die Belange des Bezirkes sah, nicht jedoch die Notwendigkeiten des Staatsganzen“. Eine Folge dieser Kirchturmspolitik sei es gewesen, daß „der bodenständige Bewerber mit geringen Fähigkeiten einen Vorzug vor dem Ortsfremden, überragenden Staatsmann“⁹³ gewonnen habe. Wie verhielten sich die deutschen Mandatsträger zu ihren Wahlkreisen in dieser Hinsicht?

Aufgrund der Angaben über die geographische Ausdehnung der Wahlkreise und die Wohnsitze und Geburtsorte der dort gewählten Deutschen lassen sich sämtliche 919 Fälle von Vertretungen eines Teilgebiets durch Deutsche in den Parlamenten nach dem Grad der „Verbundenheit“ mit dem Wahlkreis oder dem Vertretungsgebiet untersuchen. Volle „Verbundenheit“ mit dem Wahlkreis weist in diesem Sinne das sowohl dort geborene als auch dort wohnhafte Parlamentsmitglied auf.

In 42,4 % der Fälle waren volle Berührung bzw. Bodenständigkeit vorhanden, also der Parlamentarier war in seinem Wahlkreis nicht nur wohnhaft, sondern auch dort geboren. In weiteren 26,4 % der Fälle wohnten die Mandatsträger im Vertretungsgebiet. Lediglich in rund 25 % der Fälle konnte nach diesen Kriterien überhaupt keine Berührung mit dem Wahlkreis nachgewiesen werden. Bevorzugt wurde unter diesen Kriterien bei der Aufstellung im Wahlkreis der Deutschen eindeutig der Wohnsitz. In nicht weniger als 636 von 919 Fällen von Vertretungen eines Teilgebietes durch deutsche Abgeordnete und Senatoren insgesamt in den Parlamenten wohnten die Betreffenden selbst im Wahlkreis. Das entspricht 69,2 %. In 47,9 % der Beobachtungen lag zumindest der Geburtsort im Wahlkreis (440).

Die deutschen Minderheiten haben also nachgewiesenermaßen angesehene Landsleute aus ihrer nächsten Nähe in die gesetzgebenden Versammlungen geschickt. Die Deutschen brauchten offenbar vor allem die kompromißlose Wahrnehmung der Interessen ihrer engeren Heimat, nicht große Staatsmänner (mit den damit konfligierenden Verpflichtungen). Das Ausmaß dieses Verhaltens mag überraschen, aber zweifellos spielte die vielerorts buchstäblich insulare Lage und das durch das unsichere Minderheitendasein verursachte geringe Vertrauen zur Außenwelt – auch zu Menschen aus anderen deutschen Siedlungsbieten – eine entscheidende Rolle. Erfolgreiche Kandidaturen bei Parlamentswahlen von Deutschen in fremden Siedlungsgebieten oder Provinzen, wo sie weder geboren noch wohnhaft waren, kamen äußerst selten vor. Das Phänomen ist in meinem Material lediglich in 40 Fällen anzutreffen, davon viermal in der Tschechoslowakei. 1925 wurde der Mährer Alois Stenzl⁹⁴ im böhmischen Wahlkreis Königgrätz gewählt. 1925 und 1935 wurde ferner der in Lemberg geborene

mußte aus diesem Amt ausscheiden und wurde nach seinem skandalösen Auftreten während einer Besichtigungsreise des Reichsschatzmeisters Franz Xaver Schwarz (1875–1947) im Sudetengau, auf der er betrunken in Bad Karlsbrunn bei Freudenthal in seinem Hotel Scheiben eingeschlagen, ca. 300 Kurgäste belästigt sowie Gauleiter Henlein zu einem Boxkampf herausgefordert haben soll, aus der SS ausgeschlossen, bekam aber auf Vorschlag Himmlers im Frühjahr 1943 die Gelegenheit, „seinen Tatendrang an der Front zu beweisen“, vgl. Balling: VRbB 335.

⁹³ Braunias, Karl: Das parlamentarische Wahlrecht. Ein Handbuch über die Bildung der gesetzgebenden Körperschaften in Europa. Bd. 2: Berlin-Leipzig 1932, 184.

⁹⁴ Alois Stenzl (1882–1942), Mühlenbesitzer in Mährisch-Trübau, 1923–35 Abgeordneter 1920–38 Reichsparteiobmann der DGWP, in dieser Eigenschaft nach Regierungseintritt des BdL, der DCSVP und der DGWP 1926–29 Mitglied des achtgliedrigen Koalitionsausschus-

Brünner Ludwig Czech wohl als ein demonstratives Symbol seiner Führungszukzession in der DSAP in Laun gewählt, im Wahlkreis des ersten DSAP-Parteivorsitzenden Josef Seliger⁹⁵. Man war fest davon überzeugt, daß die Wahrnehmung der eigenen Interessen nur durch „Blut aus unserem Blute“⁹⁶ erfolgen konnte. So scheiterte selbst der fähige und in Siebenbürgen immer gewählte Fritz Connert⁹⁷, als er im Januar 1932 im Banat kandidierte. Die Banater Schwaben waren nicht geneigt, ihre Stimmen einem „Fremden“ – nicht einmal einem Deutschen – zu geben⁹⁸.

Auffallend ist, daß die Deutschen Jugoslawiens und Ungarns gar nicht ins allgemeine Bild paßten, ganz im Gegenteil. Bei den deutschen Abgeordneten in Ungarn waren 60,8 % nicht bodenständig in ihren Wahlkreisen, in Jugoslawien waren es sogar 64,5 %. Im Falle Jugoslawiens handelte es sich offenkundig um endogene Verhältnisse in der deutschen pionierartigen politischen Elitebildung – die deutschen Führer kamen meist aus Syrmien, während die aussichtsreichen Wahlkreise der Deutschen im Banat und vor allem in der Batschka lagen – im Zusammenhang mit einer zentralistischen Kandidatenaufstellung durch die Deutsche Partei. Nach 1929 hatte die deutsche Minderheitenführung im Rahmen der Regierungspartei nicht mehr genügenden Einfluß auf die Aufstellung. Hinter der geringen Bodenständigkeit der Deutschen in den Wahlkreisen in Ungarn ist eine enge Verbindung mit dem Fehlen deutscher Parteien überhaupt zu sehen. Die Beschlußzentren befanden sich in den Regierungsbüros und in den Budapester Parteihauptquartieren, nicht in den Wahlkreisen. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, daß vereinzelt Deutsche auch in fast rein madjarischen Wahlkreisen gewählt wurden.

ses der Regierungsparteien, 1935 Mitbegründer der bürgerlichen Anti-Henleinfront Sudentendeutscher Wahlblock, vgl. Balling: VRbB 402.

⁹⁵ Josef Seliger (1870–1920), Teplitz-Schönau, 1907–18 Mitglied des Wiener Reichsrats, 1918 zeitweilig Vorsitzender des Clubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, 1919–20 DSAP-Parteivorsitzender und 1920 Abgeordneter in Prag, vgl. Balling: VRbB, 329; siehe auch die Biographie Z e ß n e r, Klaus: Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Eine Untersuchung über die nationale Politik der deutschböhmischen Sozialdemokratie 1899–1920. Stuttgart 1976.

⁹⁶ So wurde in „Landpost“ (Fünfkirchen) vom 28.6.1931, S.2 von zwei Wählern folgendermaßen für Dr. Nikolaus Schmidt (1887–1966) – 1931–35 Reichstagsabgeordneter in Budapest, vgl. Balling: VRbB 484 – agitiert: „Wir werden den aus unserem Wahlbezirke stammenden Dr. Nikolaus Schmidt wählen, der in Lippó geboren und Sohn einfacher deutschsprachiger Bauerneltern ist. Er wird faktisch unser Vertreter im Abgeordnetenhaus sein. Wir glauben, daß ein Kleinlandwirtssohn es am besten weiß, was Kleinlandwirten weh tut. Wir dürfen ihn jetzt nicht im Stiche lassen! Es wäre ein Verrat an unserer Rasse, wenn wir dies täten. Seine Eltern, Brüder leben hier unter uns, und stellen wir uns den Schmerz vor, den wir empfinden müßten, wenn wir statt des Sohnes unseres Bezirkes einen anderen wählen möchten.“ Auf der gleichen Seite hieß es zugunsten eines deutschen Wahlbewerbers in einem anderen Bezirk: „Indem wir in unserem Bezirk einen Kleinlandwirte-Abgeordneten kandidaten, einen tüchtigen Deutschungarn, haben, der Fleisch von unserem Fleische und Blut von unserem Blute ist, so ist es eine heilige Pflicht eines jeden Wählers, einer jeden Wählerin dieses Bezirkes, dessen Fahne zu unterstützen.“

⁹⁷ Fritz Connert (1883–1945), 1917–18 Abgeordneter in Budapest, 1919–42 Verbandsdirektor des Siebenbürgisch-Sächsischen Landwirtschaftsvereins in Hermannstadt, 1919–31 und 1932–37 Abgeordneter und 1937–40 Senator in Bukarest, vgl. Balling: VRbB 618.

⁹⁸ Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn: Rumänien, Po 5, 20. 1. 1932.